

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigter bestimmes Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580.
Kontoführer:
Riesa Nr. 52.

Nr. 144.

Freitag, 23. Juni 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungen und Bestellort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten und der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlagsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sozialdemokratische Partei verboten!

Jede propagandistische Betätigung verboten. — Vermögen beschlagnahmt.

Sofortige Aufhebung der Mandate in sämtlichen Parlamenten.

Gewerkschaftsführer ausgestoßen. Schärfster Kampf gegen christliche Arbeitervereine.

Die Sturmflut der deutschen Revolution.

Auf dem Wege zur Alleinherrschaft, zur einheitlichen Zusammenfassung des Volkes auf ein Ziel, ist der Nationalsozialismus nach dem Schlage gegen die deutschnationalen Kampfstämme und nach der Einverleibung des Stahlhelms in die Gesamtbewegung einen weiteren Schritt vorwärts gegangen, indem nunmehr mit der SPD, das geschahen ist, was schon am 28. Februar mit der SPD, geschah: Es wurde ihr jede Betätigung irgendwelcher Art in Deutschland untersagt. Damit hat sie praktisch zu bestehen aufgehört, denn sie darf weder Zeitungen oder Druckschriften herausgeben, Schriftverkehr führen, Beiträge einziehen, Versammlungen abhalten und auch sonst irgendwas bemerkbar machen. Es ist an sich weder ein formelles Verbot der SPD, und der SPD, erfolgt, sondern man überläßt es der freien Entwicklung, daß diese Parteien von selbst absterben. Da auch die Mandate sämtlicher sozialdemokratischen Parlamentarier annulliert worden sind und da man die Diäten und die Freifahrtskarten gesperrt hat, hat der Marxismus mit dem 21. Juni in Deutschland praktisch zu bestehen aufgehört, und zwar für alle Zeiten, denn es ist jedem Einsichtigen klar, daß es eine Auferstehung einer Partei oder Bewegung, die so schamlos und lässig verfiel und ihre Anhänger so feige im Stich gelassen hat, nicht gibt und geben kann.

Die letzten Tage haben bewiesen, daß diejenigen, die immer von einem Abschlus der nationalsozialistischen Revolution sprachen, im Irrtum geblieben sind. Man verrät kein Geheimnis, wenn man feststellt, daß die nationalsozialistische Revolution auch jetzt noch längst nicht ihr Ende erreicht hat, sondern ihren Anspruch auf völlige Alleinherrschaft und Alleinherrschaft bis zum letzten Ende durchsetzen wird. Dr. Goebbels hat gerade in diesen Tagen wieder bekräftigt, daß noch große und wichtige Aktionen in diesem Jahre und bevorstehen, denn noch ist der Kampf mit den Kirchen nicht zum Abschlus gebracht und noch ist die restlose Auseinandersetzung mit den Partnern der Macht im Lande und in den Regierungen nicht zu Ende geführt. Der Ausgang dieses Kampfes, der ganz zwangsläufig kommt und den auch jeder kommen sieht, ist ohne weiteres klar. Es gibt wohl keinen Zweifel mehr daran.

Wenn man die politische Entwicklung seit dem 30. Januar überblickt, dann muß man die Feststellung machen, daß wohl niemals eine Revolution so folgerichtig war, wie die deutsche Revolution des Jahres 1933. Der Uebernahme der Macht folgte die Auflösung und die Gleichschaltung aller Parlamente, die Vernichtung des Kommunismus und Schwächung des marxistischen Sozialismus. Diesen Maßnahmen folgte wiederum die einheitliche Zusammenfassung aller Verbände auf den Gebieten des Handwerks, des Handels, der Industrie und den übrigen Wirtschaftsbereichen, die Zusammenfassung der gesamten Landwirtschaft in einer ständischen Front, die Einführung des bäuerlichen Erbschaftsrechtes, die Uebernahme der Gewerkschaften und die Bildung der deutschen Arbeitsfront, die Entsetzung der Reichshauptkammer und damit der Strafrechtswesen des Reiches in politischer Beziehung, die Befestigung der kleinen Parteien und Interessengruppen, die Schaffung des Propagandaministeriums, die Durchführung einer einheitlichen Linie auf kulturellem Gebiete, die Einführung der Arbeiterbestimmung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und damit die Säuberung des Rechtsanwalts und des Anwaltsstandes von der Ueberfremdung, das Wesen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, die Entsetzung des Reichspropagandaministers und die Zusammenfassung des gesamten Sports, die Entsetzung eines Reichsjugendführers und die frasse Zusammenfassung aller Jugendverbände unter Verbot und Auflösung der bisher bestehenden händischen Jugendverbände, die Eingliederung des Stahlhelms in die NSDAP, die Befestigung der deutschnationalen Kampfstämme und sonstiger Nebenverbände der deutschnationalen Front, in denen der Marxismus seine letzten Schlupfwinkel gesucht hatte, das restlose Betätigungsverbot für die SPD, die Bildung der deutschen Reichsfront, der händische Aufbau. Allein diese noch gar nicht vollständige Aufstellung zeigt, daß der Nationalsozialismus nicht zu viel versprochen, wenn er eine Reformation Deutschlands an Haupt und Gliedern in Aussicht stellte. Rein Mensch wagte noch im vorigen Jahr in seinen tiefsten Träumen anzunehmen, daß die nationalsozialistische Sturmflut mit derartiger Gewalt über Deutschland hinwegbrausen und in so kurzer Frist alles fortzuschwemmen würde, was sich ihr etwa noch entgegenstellte.

Der Kampf um den Reichsbischof und der Ausgleich mit der katholischen Kirche, der noch ausstehende Kampf um die kirchlichen Jugendverbände, deren Zerschlagung der Staat, das

Zur Aktion gegen die SPD.

dd. Berlin. Der Reichsinnenminister hat am Donnerstag die Landesregierungen ersucht, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat die notwendigen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratische Partei zu treffen. Insbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden. Die Diäten sind ihnen zu sperren. Auch darf der Sozialdemokratie nicht mehr die Möglichkeit gegeben werden, sich in irgend einer Form propagandistisch zu betätigen. Versammlungen der SPD, sowie ihrer Hilfs- und Ersahrganisationen werden nicht mehr erlaubt, sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften usw. dürfen nicht mehr herausgegeben werden. Das Vermögen der SPD, und ihrer Hilfs- und Ersahrganisationen wird, soweit es nicht bereits in Verbindung mit der Auflösung der freien Gewerkschaften beschlagnahmt wurde, beschlagnahmt.

Die Begründung des Verbots.

dd. Berlin. Vorgänge der letzten Zeit haben den unumstößlichen Beweis dafür geliefert, daß die deutsche Sozialdemokratie vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückbleibt. Führende Persönlichkeiten der SPD, wie Weis, Breitscheid, Stämpfer, Bogel, befinden sich seit Wochen in Prag, um von dort aus den Kampf gegen die nationale Regierung in Deutschland zu führen. Weis hat eine Erklärung veröffentlicht, daß sein Austritt aus dem Büro der II. Internationale nur scheinbar gewesen sei. Er hat an den Vorständen der Arbeitergruppe auf der Internationalen Arbeiterskonferenz in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem er in verlesenerischer Weise die Arbeiterfront der übrigen Länder gegen die nationale deutsche Regierung anzuheben versucht. Die erweiterte Parteileitung der SPD, hat sich auf der vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen Sitzung lediglich nach außen von diesen Taten, wie Weis, Breitscheid usw. distanziert, es aber bezeichnenderweise unterlassen, diese Personen wegen ihres landesverräterischen Verhaltens wirklich abzuschließen und aus der Partei auszuschließen. Im Gegenteil ist in einer von der Polizei überreichten Geheimverleumdung sozialdemokratischer Führer in Hamburg ebenfalls landesverräterisches Material gefunden worden. Dies alles zwingt zu dem Schluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine feinds- und volksfeindliche Partei anzusehen, die keine andere Behandlung mehr beanspruchen kann, wie sie der kommunistischen Partei gegenüber angewendet worden ist.

Der Reichsminister des Innern hat daher die Landesregierungen ersucht, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 die notwendigen Maßnahmen gegen die SPD, zu treffen. Insbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden.

dd. Berlin. (Funkpruch.) Wie das D.N.-Büro meldet, ist heute Freitag in Ausführung des Betätigungsverbotes gegen die SPD, die entsprechende Aktion in den großen Parlamenten in Berlin, im Reichstagsgebäude, preussischen Landtag und preussischen Staatsrat, eingeleitet worden. Die Präsidenten der Parlamente werden die Verwaltungen noch mit entsprechenden Anweisungen versehen. Einwirkeln sind an sämtliche Sozialdemokraten in den genannten Häuser

Aufforderungen ergangen, unverzüglich ihre Freifahrtskarten zurückzugeben. Die Sozialdemokraten verfügten im Reichstagsgebäude über 120 Abgeordnete, im preussischen Landtag nach den verbleibenden Austritten über 76 und im preussischen Staatsrat über 8 Mitglieder. Im Preussenparlament ist die letzte Diätenzahlung an die Mitglieder des Hauses einschließlich der Sozialdemokraten am 21. Juni für den letzten Viertelbetrag des laufenden Monats geleistet worden. Einige Sozialdemokraten hatten diesen letzten Betrag bis heute noch nicht erhoben; sie haben ihn damit verloren, denn der Landtag hat mit sofortiger Wirkung die Diätenzahlung an alle Sozialdemokraten gesperrt.

Im übrigen sind die Vermögenswerte der SPD, in den der Partei bisher zur Verfügung gestellten Räumen in den Parlamenten sichergestellt. Die Räume werden unter Verschluss gehalten, bis die zuständigen Stellen weitere Anordnungen über die Wegbringung der beschlagnahmten Partei vermögensstücke aus den Parlamentsräumen treffen. Irigendwelche Schwierigkeiten haben sich bei Durchführung der Aktion in den Parlamenten nicht ergeben. Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen preussischen Landtagsfraktion hat dem Landtag mitgeteilt, daß er sich in seiner Wohnung zur weiteren Verfügung bereit halte. Es handelt sich dabei um den Abg. Jürgensen.

Die sofortige Diätenperre für die sozialdemokratischen Abgeordneten bedeutet einen nicht unerheblichen materiellen Gewinn für die Staatskasse, der allein bei der sozialdemokratischen Reichstags- und preussischen Landtagsfraktion mit 1411 200 M. im Jahre zu erreichen ist.

Als selbstverständliche weitere Folge des Verbotes ist eine Anweisung der Präsidenten zu erwarten, wonach sozialdemokratische Abgeordnete die Parlamentsgebäude nicht mehr betreten dürfen.

Der „Völkische Beobachter“ zum Verbot der Sozialdemokratie.

* Berlin. Zum Verbot der SPD. Schreibt der „Völkische Beobachter“ u. a., die nunmehr erfolgte Auflösung sei das Ergebnis des unerhörten Doppelspiels, das die SPD, in Deutschland zu treiben verstand. Während im Ausland prominente Mitglieder der SPD, einen unerhörten Hohn gegen das deutsche Volk organisierten, glaubte dieselbe SPD, in Deutschland mit künstlich frommer Miene ihre marxistische Perforationsarbeit wieder aufnehmen zu können. Aber dieses Spiel ist förmlich zusammengebrochen. Die Reichsregierung, die mit der Auflösung des deutschnationalen Kampfringes gereizt hat, daß sie dem Marxismus in jeder Form das Handwerk zu legen gewillt ist, konnte durch die Mandate der SPD, ebensowenig gestützt werden, wie das deutsche Volk und insbesondere der deutsche Arbeiter, der schon längst den wahren volksfeindlichen Charakter des Marxismus erkannt und sich von ihm abgewandt hat. Die Auflösung der SPD, wird vom ganzen Volke auch begrüßt werden als das Ende einer Partei, die vor der deutschen Geschichte sich eine ungeheure Schuld aufgeladen hat. Die SPD, hat dem deutschen Volke gegenüber tausendfach bereits in der Vergangenheit ihren landesverräterischen Charakter bewiesen. Für das deutsche Volk und Volkserziehung ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Mit harter Energie bereite die Regierung allen Organisationen ein Ende, die nicht für, sondern gegen das Volk zu arbeiten versuchen. Der Dank der ganzen Nation ist ihr dabei gewiß.

ernährungsministers, nicht ohne Hinweis auch auf das Vorgehen gegen den deutschnationalen Kampfring und das Memorandum des Reichsministers Eugenberg auf der Weltwirtschaftskonferenz.

Es sind vornehmlich junge Kräfte, die ohne Bedenken und ohne Vorbehalte mit jugendlichem Eifer sich in die vorderste Front gestellt haben und die gewillt sind, die junge Idee des deutschen Sozialismus, der mit dem materialistischen Sozialismus marxistischer Prägung nichts gemein hat, zum Siege zu führen. Ihr Grundlag heißt: „Gemeinnut geht vor Eigennut“, ein einfacher Satz, der, in allerley Konsequenz durchgedacht, von weitesttragender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist. Dieser Grundlag geht nun restloser Verwirklichung Schritt für Schritt entgegen.